

# Baume-Schneider macht beim Frühfranzösisch ernst

So will der Bundesrat die Kantone notfalls übersteuern.

**Julian Spörri**

«Ech cha guet Schwiizerdütsch, das isch fasch mini zwöiti Muettersproch»: Elisabeth Baume-Schneider machte am Freitag deutlich, wer im Sprachenstreit zwischen Bund und Kantonen den Ton angibt. Die Innenministerin wuchs auf einem Bauernhof im französischsprachigen Jura auf und lernte von ihren Eltern und Grosseltern «Bärndütsch». Vor den Medien in Bern sprach sie abwechselnd Französisch, Deutsch und gar einige – wenn auch vorbereitete – Sätze auf Italienisch.

Nicht allen Deutschschweizer Kantonen ist diese Sprachenvielfalt gleich wichtig. Immer mehr stellen sich gegen das Frühfranzösisch. Nach Appenzell Ausserrhoden, Zürich, St. Gallen und Solothurn fassten dieses Jahr auch die Parlamente von Schwyz, Schaffhausen und Thurgau solche Beschlüsse.

Dass der Bundesrat bereits im Herbst mit einem Eingreifen gedroht hatte, stoppte die Welle nicht. Baume-Schneider und ihre Bundesratskollegen schalten deshalb jetzt einen Gang höher und machen die im November angekündigte Drohung wahr: Sie schicken eine Änderung des Sprachengesetzes in die Vernehmlassung, um das Frühfranzösisch zu sichern.

Dazu schlagen sie zwei Varianten vor. Entweder wird das zwischen den Kantonen ausgehandelte Sprachenkonkordat für die ganze Schweiz verbindlich. Dieses sieht auf der Primarstufe zwei Fremdsprachen

vor, darunter eine Landessprache und Englisch. Oder im Gesetz wird die Minimalvorgabe verankert, dass in allen Kantonen eine zweite Landessprache ab der Primarschule unterrichtet werden muss. Frühfranzösisch wäre in der Deutschschweiz damit zwingend.

## Die Kantone sind in der Zwickmühle

Es treffe sie persönlich, wenn das Interesse verloren gehe, die Sprache der Nachbarn zu verstehen, sagte Baume-Schneider. Die 62-Jährige beschäftigt sich seit Jahren politisch mit dem Thema: Als jurassische Erziehungsdirektorin war sie in den 2000er-Jahren daran beteiligt, den heute geltenden Sprachkompromiss auszuhandeln. Denn Bildungsfragen sind prinzipiell Sache der Kantone.

Auch deshalb war Baume-Schneider bemüht, die eröffnete Vernehmlassung als «präventiv» zu bezeichnen. Erst wenn ein Kanton das Frühfranzösisch tatsächlich abschafft, würde der Bundesrat den Französisch-Befehl umsetzen.

Damit richtet sich der Blick wieder auf die Kantone. Vielerorts müssen die Regierungen erst klären, wie sie die Parlamentsbeschlüsse umsetzen wollen. Gleichzeitig sucht die Erziehungsdirektorenkonferenz nach einem Ausweg. Viel Spielraum bleibt nicht: Entweder entscheiden sich die Kantone selbst dafür, weiterhin Französisch auf der Primarstufe zu unterrichten. Oder sie werden dazu verpflichtet.